

# Freiberger Anzeiger

## und Tageblatt.

Amtsblatt des Kgl. Bezirksgerichts zu Freiberg, sowie der Kgl. Gerichtsamter und der Stadtrathe zu Freiberg u. Brand.

N<sup>o</sup> 45.

Erscheint i. Freiberg jed. Wochent. Ab. 6 U. für den and. Tag. Inser. werden bis 3. 11 U. für nächste Nr. angen.

Sonnabend, den 24. Februar

Preis vierteljähr. 20 Ngr. Inserate werden die gespaltene Zeile oder deren Rauminhalt 8 Pf. berechnet

1872.

### Tagesgeschichte.

Berlin, 22. Februar. Vom Polizeipräsidium geht der „Volkzeitung“ folgende Mittheilung zu: „Am Mittwoch Vormittag ist hier ein ehemaliger Apotheker aus Posen verhaftet worden, weil er im dringenden Verdachte eines beabsichtigten Attentats gegen den Herrn Reichskanzler steht. Der junge Mann ist Pole von Geburt und fanatischer Katholik. Für letzteres spricht eine längere Dienstzeit bei den päpstlichen Juaven und sein Aufenthalt in den letzten Monaten bei einem neuerdings vielgenannten dortigen Domherrn. Dagegen hat er seinen eigentlichen Beruf als Pharmaceut schon seit Jahren vernachlässigt. Am Sonnabend kam er hier an, nachdem er in Posen die kaum mißzuverstehende Drohung, daß in Berlin bald alles anders werden und sich vieles ändern werde, ausgestoßen hatte. Glücklicherweise ist diese Aeußerung nicht unbeachtet geblieben und es in Folge dessen gelungen, den jungen Mann in seiner hiesigen Wohnung bei dem Küster an der St. Hedwigs-Kirche, seinem Adoptiv-Vater zur Haft zu bringen, wobei ihm ein Terzerol abgenommen worden ist. Bemerkungen über den Charakter dieses neuesten politischen Attentats unterdrücken wir für den Augenblick, werden aber noch darauf zurückkommen.“

Die Commission des Herrenhauses für das Schulaufsichtsgesetz hat gestern ihre Berathungen beendet. Sie hat sich für ein Amendement Kleist-Regow entschieden, dahin gehend, daß die Regierung principiell Geistliche zu Schulinspectoren bestellen müsse und nur in dem Falle, daß sie keinen geeigneten Geistlichen findet, nach freiem Ermessen verfahren kann. Es ist dies etwa der Standpunkt, den das Amendement Devens im Abgeordnetenhaus einnahm und welchem der Cultusminister so bestimmt entgegentrat. Auch in der Commission des Herrenhauses erklärte der Regierungskommissar das Amendement für unannehmbar; diese Erklärung war jedoch fruchtlos. Es wurde schriftlicher Bericht beschlossen und Herr v. Kleist-Regow zum Referenten bestellt. Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet am 4. März, die Plenardebatte über das Schulaufsichtsgesetz am 5. März statt. Die heutige „Prov.-Corr.“ bemerkt zu der bevorstehenden Berathung: „Das Herrenhaus wird sich der Erwägung nicht entziehen, daß es sich um ein Gesetz handelt, welches die verfassungsmäßigen Beziehungen des Schulwesens zur Kirche ausdrücklich bestätigt und welches die Regierung für unerlässlich erachtet, um durch nachdrückliche Handhabung der ihr zustehenden Befugnisse staatsgefährliche und deutschfeindliche Bestrebungen niederzuhalten.“ — Die Nachricht, daß der Generalfeldmarschall Graf v. Moltke und der Kriegsminister v. Roon, nur diese beiden, als Mitglieder in das Herrenhaus berufen werden sollen, bestätigt sich; doch ist diese Berufung schon älteren Datums.

Laut zuverlässigen Privatnachrichten aus Berlin treffen tagtäglich Zustimmungs-Adressen und Telegramme für das erlängte Schulaufsichtsgesetz sowohl an Bismarck, als auch an die zweite Kammer ein, aus Bayern ganz besonders, aus Baden, aus Württemberg, aus der Pfalz, aus Köln, aus den Rheinlanden, sogar aus Oesterreich. Das Herrenhaus wird damit bestärkt. Die sämtlichen Städte der östlichen Provinzen, auch Köln, instruiren ihre Abgeordneten dahin, für das Gesetz zu stimmen, es regt sich überall ein Gefühl für Nothwehr gegen die inneren Feinde, man erkennt die Gefahr der im Stillen wirkenden Kräfte, die seit Jahrzehnten und noch länger für ihre Zwecke unbehindert gewirkt haben. Wird das Herrenhaus das Gesetz verwerfen oder annehmen? Im ersteren Falle dürften wohl Maßregeln getroffen werden, die längst beabsichtigt waren. Das jetzige Ministerium ist sich in dieser Sache einig, und ein weiteres Vorgehen zum Einhalt kirchlicher, jesuitischer Uebergriffe sowohl katholischer als lutherischer Parteien

— die volle Gemeinschaft zur Unterdrückung des Geistes zur Aufklärung geschlossen haben — ist unter Zustimmung des heilsehenden Königs Wilhelm beschlossene Sache. So dürfte es für die übrigen Regierungen, nicht nur für ganz Deutschland, sondern auch für die katholischen Staaten, eine heilsame Maßregel und zugleich ein wirksamer Fingerzeig sein, nunmehr gemeinschaftliche Sache zu machen.

— Fürst Bismarck hat dem Bundesrath eine Vorlage gemacht, nach welcher es gesetzlich verboten sein soll, daß Reichsbeamte Gewerbe betreiben, Nebenämter verwalten oder außeramtliche Beschäftigungen übernehmen, welche mit Remunerationen verbunden sind. Namentlich sollen sie weder dem Aufsichtsrath noch dem Vorstande in Actien-Gesellschaften angehören. Die Dienstzeit in außer-europäischen Ländern soll ihnen doppelt oder anderthalbmal angerechnet werden.

— Der Handelsminister Graf Tzenplitz feiert heute seinen 75. Geburtstag und tritt damit in eine Alterssphäre, die vor ihm noch niemals ein preussischer Minister im Amte erreicht hat. Im Hinblick auf die naturgemäße Reduction seiner körperlichen und geistigen Kräfte soll der edle Graf sein Entlassungsgesuch eingereicht haben. Dasselbe wird ohne Zweifel huldvoll angenommen und der Minister dadurch endlich der wohlverdienten Ruhe zurückgegeben werden.

— Im Elsaß kommt viel Geld für die Nationalsubscription zusammen. In Mühlhausen wurde von wenigen Personen eine Million gezeichnet. Viele Zeichnungen geschehen unter der Bedingung, daß die Subscription eine halbe Milliarde ausmachen werde.

— In der heute stattgehabten Sitzung des Aufsichtsraths und Ausschusses der neuen rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft wurde ersterer ermächtigt, den Bauvertrag mit der Staatsregierung abzuschließen. Desgleichen einigte man sich dahin, die sofortige Einlösung des 1871er Januar-Coupons zu publiciren und die Einlösung des 1871er Juli-Coupons mit 3/4 Thlr. bei Gelegenheit des Austausches der Interims-Quittungen gegen Actien vorzunehmen.

Worms, 21. Februar. Die „Wormser Zeitung“ veröffentlicht den Wortlaut einer in hiesiger Stadt circulirenden Zustimmungs-Adresse an den Fürsten Bismarck.

Posen, 19. Februar. Der „S. Z.“ schreibt man von hier: Die polnisch-nationale und ultramontane Agitation nimmt in der Provinz immer größere Dimensionen an. Von allen Kanzeln wird mit celotischen Eifer gegen das neue Schulaufsichtsgesetz gepredigt und dem unwissenden Volke die Sache so dargestellt, als ob durch das Gesetz Religion und polnische Nationalität mit Ausrottung bedroht seien. Der nächste Zweck dieser Predigten ist freilich nur dahin gerichtet, für eine in allen Parochien auf's Neue gegen das Schulaufsichtsgesetz zur Unterzeichnung in Umlauf gesetzte Petition an das Herrenhaus recht zahlreiche Unterschriften zu gewinnen; allein es liegt auf der Hand und ist unvermeidlich, daß durch diese fanatischen Predigten die polnische Bevölkerung im höchsten Grade aufgeregert und dadurch eine allgemeine religiös-nationale Bewegung hervorgerufen wird, deren Folgen unberechenbar sind. Dies scheint auch in der That in der Absicht der polnischen Agitatoren zu liegen; denn in vertraulichen Kreisen derselben wird gutem Vernehmen nach bereits lebhaft die Frage discutirt, ob es nicht für die nationalen Zwecke erforderlicher sei, der nationalen Agitation einen vorherrschend religiösen Charakter zu geben und die Leitung derselben ausschließlich der Geistlichkeit zu überlassen. Man hofft, daß der Erzbischof Graf Ledochowski, so überaus vorsichtig er auch ist, sich für diesen Plan werde gewinnen lassen, und Versuche zu diesem Zwecke sollen bereits gemacht oder doch wenigstens beschlossen sein.